



Zur Stärkung der Demokratie

Intensiv wird in der Dresdner Kommunalpolitik über die Direktwahl von Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräten diskutiert. DIE LINKE im Dresdner Stadtrat hat nun einen „Fünf-Punkte-Plan zur Stärkung der Demokratie in Dresden“ vorgeschlagen, mit dem die Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung für die Dresdnerinnen und Dresdner wirksam und nachhaltig gestärkt werden können.

„Die Städte und Gemeinden sind die Keimzellen der Demokratie. So hat es bereits das Bundesverfassungsgericht treffend formuliert. Doch in der konkreten Ausgestaltung der Demokratie gibt es noch Einiges zu verbessern. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung für die Dresdnerinnen und Dresdner wirksam und nachhaltig ausbauen. Dazu schlagen wir einen ‚Fünf-Punkte-Plan zur Stärkung der Demokratie in Dresden‘ vor. Regelmäßige Bürgerentscheide, die Aufwertung der Ortsbeiräte durch Einführung eigener Budgets mit einem Gesamtvolumen von jährlich 13 Millionen Euro sowie die Übertragung von Kompetenzen und deren Direktwahl wären ein Novum und ein substanzieller Beitrag zur Stärkung der Demokratie in Dresden.“, betonte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat, André Schollbach bei der Vorstellung des „Fünf-Punkte-Plans zur Stärkung der Demokratie in Dresden“.



Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsprozessen ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Die Fraktion DIE LINKE hat daher in den vergangenen Wochen eingehend geprüft, wie die Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung für die Dresdnerinnen und Dresdner wirksam und nachhaltig gestärkt werden können. Dazu wurde im März u. a. eine gemeinsame Klausurtagung der Fraktion mit den Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräten der LINKEN durchgeführt.

Die Fraktion DIE LINKE schlägt im Ergebnis ihrer Beratungen einen „Fünf-Punkte-Plan zur Stärkung der Demokratie in Dresden“ vor, der die folgenden Vorhaben beinhaltet:

1. Alle zehn Ortsbeiräte in der Stadt Dresden erhalten ab dem 01. Januar 2019 jeweils ein eigenes Budget in Höhe von mindestens 25 Euro je Einwohner/in und Jahr. Mit diesem Budget wird es den Ortsbeiräten ermöglicht, im Rahmen der ihnen übertragenen Aufgaben eigenständig zu entscheiden,

Gestaltungskraft wirksam zu entfalten und die Lebensqualität in den Stadtteilen zu erhöhen. Der Stadtrat stellt die hierzu erforderlichen Haushaltsmittel unbefristet und beginnend mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 zur Verfügung. Diese Haushaltsmittel in Höhe von derzeit rund 13 Mio. Euro sind durch den Oberbürgermeister jährlich im Haushaltsentwurf einzuplanen.

2. Sämtliche Aufgaben, die den Ortsbeiräten gemäß § 71 Absatz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung durch den Stadtrat übertragen werden können, sind ohne jede Ausnahme auf diese zu übertragen – zum Beispiel haben die Ortsbeiräte dann im Rahmen der ihnen zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel über die Förderung von Vereinen, Verbänden und sonstigen Vereinigungen sowie die Förderung und Durchführung von Veranstaltungen im Ortsamtsbereich zu entscheiden.

3. Der Stadtrat spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass die Fehlentscheidung bei der jüngsten Novellierung der Säch-

sischen Gemeindeordnung im Sächsischen Landtag, mit welcher demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten in den Kommunen abgebaut und die stadtweite Einführung der Ortschaftsverfassung in Dresden verhindert wurde, korrigiert wird. Insbesondere soll ermöglicht werden, den Ortsbeiräten über den in der Gemeindeordnung vorgesehenen Katalog hinaus weitere Aufgaben zur selbständigen Entscheidung zu übertragen sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auch auf Ortsamtsebene durchzuführen.

4. Unter der Voraussetzung der Erfüllung der unter den Ziffern 1, 2 und 3 genannten Maßnahmen werden die Ortsbeiräte nach den für die Wahl von Ortschaftsräten geltenden Vorschriften von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählt.

5. Beginnend mit der Kommunalwahl im Frühjahr 2019 soll zu jeder öffentlichen Wahl in der Landeshauptstadt Dresden ein Bürgerentscheid zu einer wesentlichen für die weitere Entwicklung der Stadt bedeutenden Frage durchgeführt werden.

Fraktion vor Ort

Bürgersprechstunden unter freiem Himmel

Mit Stadtrat André Schollbach
15. Mai, 14 Uhr
Löbtau-Passage

Mit den Stadträten Tilo Wirtz und André Schollbach
15. Mai, 15:30 Uhr
Fetscherplatz

Mit Stadtrat Jens Matthis
23. Mai, 16:30 Uhr
vor Rewe, Pirnaer Landstraße

Mit Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch und Stadtrat André Schollbach
24. Mai, 14 Uhr
Wasaplatz

Mit Stadträtin Jacqueline Muth und Stadtrat André Schollbach
24. Mai, 16 Uhr
Albertplatz

Mit Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch
25. Mai, 15 Uhr
vor Prohliszentrum

Mit Stadträtin Rica Gottwald und Stadtrat André Schollbach
25. Mai, 15:30 Uhr
Pirnaischer Platz

Mit Stadträtin Kerstin Wagner und Stadtrat Andreas Naumann
28. Mai, 12 Uhr
Kaufland Kohlenstraße

Mit Stadträtin Anja Apel
28. Mai, 16 Uhr
Käthe Kollwitz Platz

Mit Stadträtin Manuela Sägner und Stadtrat Norbert Engemaier
29. Mai, 15 Uhr
Nürnberger Ei

Mit den Stadträtinnen Anja Apel und Pia Barkow
31. Mai, 10 Uhr
Trachauer Markt

Mit Stadtrat Prof. Dr. Gerhard Besier
31. Mai, 16 Uhr
Ullersdorfer Platz

Mit den Stadträten Tilo Kießling und André Schollbach
01. Juni, 14 Uhr
Haltestelle Zwinglistraße

#projekte

Der Entwurf für die Bewerbungsmappe, das sogenannte **Bid Book**, soll Ende dieses Jahres vorliegen und am 19. Juli 2019 im Stadtrat beschlossen werden. Dabei sind in diesem Bid Book Fragen in sechs Kategorien zu beantworten:

1. Beitrag zur Langzeitstrategie (Nachhaltigkeit)
2. Europäische Dimension (Förderung der kulturellen Vielfalt, interkultureller Dialog, Gemeinsamkeit der Kulturen)
3. Kulturelle und künstlerische Inhalte
4. Umsetzungsfähigkeit (lokale, regionale und nationale politische Unterstützung sowie eine tragfähige Infrastruktur)
5. Erreichen und Einbeziehen der Gesellschaft (u.a. Schaffung einer nachhaltigen Möglichkeit der Teilhabe der unterschiedlichsten Gruppen)
6. Verwaltung (Realisierbarkeit, Verfahren, Personal)

Eingebettet müssen die Fragen in eine Geschichte sein, die Dresden von sich erzählt. Diese Geschichte wird aus drei Hauptmotiven entstehen: **Heimat und Zukunft, Osten und Westen, Vielfalt und Fremde**

Zurzeit läuft das Projekt „Orte des Miteinanders“, an 25 Orten werden am 26. August 2018 Kulturelle Veranstaltungen stattfinden.

Kulturhauptstadt 2025

Raum für moderne Kunst

von Anja Apel

Dresden hat einen Kulturpalast saniert, der zu einem Haus für alle geworden ist, von Konzertbesucherinnen und Besucher klassischer Konzerte bis zu Kindern, welche die Bibliothek besuchen oder Touristen, die sich im Palasteck eine Auszeit nehmen und dabei auf den Altmarkt schauen. Dresden hat zwei Theatern eine neue Spielstätte im Kraftwerk Mitte gebaut, ganz gegen den Trend in Deutschland, wo Kinder- und Jugendtheater im Theater für Erwachsene aufgehen und Operetten zum Spielplan der Mehrspartenhäuser gehören.

Die Einweihung des Kulturpalastes oder des Kulturkraftwerkes Mitte wären in Städten, die bereits Kulturhauptstadt waren, ein Höhepunkt des Hauptstadtjahres gewesen. Damit können wir also nicht mehr punkten. Dresden ist eine Kulturstadt ohne jeden Zweifel, den Titel können wir aber nur für etwas Neues in Sachen Kultur und kulturelle Bildung erhalten. Dieses Neue muss eine Bedeutung für und in Europa haben und nachhaltig wirken.

Zitat einer Bürgerin: „Wenn es gelingt, die Bewerbung zu einer gemeinsamen Sache vieler Dresdner zu machen, das wäre ein Gewinn für uns alle; selbst wenn Dresden nicht Kulturhauptstadt werden sollte. Wenn die Stadt aber versucht „von oben herab“ eine Bewerbung zu organisieren, dann wird das wohl als weiterer Witz wahrgenommen werden, der die Spaltung nur noch zementiert.“ Hier sollte der Kasten mit Infos rein, welche am Schluss stehen

Begonnen hat das Kulturhauptstadtbüro damit, viele Menschen der Stadt zu befragen und mit ihnen in Diskussion zu treten. In den Stadtteilkunden, egal ob in Klotzsche, Leuben oder Gorbitz, gab es eine zentrale Forderung, nämlich den Bedarf an Räumen, bezahlbarer Räume für kleine Gruppen, für junge Menschen und Senioren, zum Reden, zur gemeinsamen kulturellen Betätigung oder zum Beispiel für Auftritte. Räume und Häuser mit Personal ausgestattet in allen Teilen der Stadt zu schaffen, sehen wir als Linke als eine der wichtigen Voraussetzungen, um den Punkt 5 der sechs zu bewertenden Kategorien zu erfüllen.



Dieser Punkt überprüft, wie die gesamte Gesellschaft der Stadt erreicht und einbezogen wird und wie es unter anderem gelingt nachhaltig die Teilhabe der unterschiedlichsten Gruppen zu ermöglichen.

13 Projekte, welche vom Kulturhauptstadtbüro im letzten Jahr mit jeweils 2.025 Euro gefördert wurden, haben bereits einen inhaltlichen Schritt in diese Richtung gemacht.

Dazu gehören Projekte des Societaets-theaters in Kooperation mit dem Quartiersmanagement Prohlis. Das Societaets-theater war 2017 und dies wird 2018 fortgesetzt, gemeinsam mit dem Quartiersmanagement Prohlis und vielen Prohliser Akteuren, im Stadtteil Prohlis kulturell aktiv. Im Projektzentrum KIEZ, im Prohliszentrum, führten sie dort in der Woche täglich verschiedene Veranstaltungen und -Reihen durch. Es gab z.B. ein regelmäßiges Filmprogramm, mit Wunschfilmen der Anwohner*innen, Gespräche, eine offene Erzählbühne für Familien, wöchentliche Angebote zum gemeinsamen Musizieren, Konzerte und Theateraufführungen. Daneben war der Ort auch für kulturelle oder soziale Ideen der Prohliser Anwohner geöffnet. Bis Ende November 2017 sind 107 Veranstaltungen durchgeführt worden, viele waren sehr gut besucht. So gab es eine rege Teilnahme beim Tischtheater „Zu Hause in Prohlis“, ein stadtteilbezogenes Rechercheprojekt, das durch ausgegrabene Geschichten der Bewohner*innen etwas über den Stadtteil und die Menschen erzählt.

Wir sind überzeugt, dass dieser eingeschlagene Weg richtig war. Nicht ausgewählte Personen erzählen über die Stadt, sondern die Menschen aus

Prohlis, aus dieser Stadt wirken bei der Erstellung einer „Geschichte“ mit und machen es damit zu ihrem Anliegen. Es geht um kulturelle Teilhabe möglichst vieler Menschen, einer Teilhabe nicht nur als Konsumenten, sondern eben auch als Produzenten.

Wo sehen wir LINKE noch weitere Schwerpunkte? Die Einbeziehung der Jugend erfolgte in einigen Projekten, es muss noch intensiver mit Jugendlichen thematisch auch zum Thema Europa gearbeitet werden und ich bin überzeugt, dass sie auch ganz eigene, andere Vorstellungen und Ideen haben. Dresden war immer wieder auch ein Ort, wo sich Künstlerinnen und Künstler zum Widerstand zusammengefunden haben und sich sehr kritisch mit der Gesellschaft auseinandersetzten. Die BRÜGGE war eine solche Gemeinschaft oder auch die Theaterleute des Dresdner Schauspieltheaters mit ihren Inszenierungen, der Höhepunkt war „Ritter der Tafelrunde“. Und ich erinnere mich noch genau, was das Theatererlebnis bei mir und in meinem Freundeskreis auslöste, heute erinnert eine Gedenktafel am Schauspielhaus daran.

Wir sollten, wir müssen darüber nachdenken, wie wir moderner Kunst Raum geben, ihre Kunst zu präsentieren. Die Ostrale soll weiter in Dresden stattfinden, hier müssen wir für deren Zukunft schnell eine Lösung finden. Kulturhauptstadt 2025: Ob wir das schaffen, weiß ich nicht, aber wir, ich spreche im Namen der LINKE Fraktion, werden dafür kämpfen

Stadträtin Anja Apel ist Mitglied der Steuergruppe Kulturhauptstadt

Die Katze im Sack

Was passiert am Flughafen?

In der Ratssitzung am 19. April beschloss der Stadtrat die Aufstellung eines Bauschutzplans für ein Areal am Flughafen und den dazu nötigen Kauf der dortigen Flächen. 9 Millionen Euro für Ackerland und ein Landschaftsschutzgebiet. Pikant: Bis heute ist keinem Stadtrat und keiner Stadträtin und kaum jemandem in der Verwaltung bekannt, wer am Flughafen angesiedelt werden soll. Da gab es Andeutungen von Verwaltungsmitarbeitern, der Oberbürgermeister sei nicht umsonst so oft in letzter Zeit in St. Petersburg. Mittlerweile raunt man, sei der russische Großinvestor abgesprungen, man buhle um einen Bosch-Zulieferer. Derweil warnt ein Naturschutzgutachten des NaBu vor den gravierenden Eingriffen in das dortige Areal. Was ist hier geplant? Nutzt man nach dem Absprung russischer Interessenten

die Ahnungslosigkeit aller Beteiligten, um einem Zulieferbetrieb das Feld im Landschaftsschutzgebiet zu bereiten - für einen Betrieb, den man unter normalen Umständen an jeden anderen Standort in der Stadt unterbringen würde, nur nicht hier? Bei so viel Unklarheit hat DIE LINKE heute durchgesetzt, zumindest ein Entwicklungsziel des Areals auszuschließen: die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen und anderen Kriegsprofiteuren. **Tilo Wirtz:** „Es ist einer demokratischen und offenen Gesellschaft einfach unwürdig, den Stadtrat so im Unklaren zu lassen. Wir haben hier die Befürchtung, dass man uns über den Tisch ziehen will, und wollen wenigstens sicher gehen, dass die schlimmstmögliche Nutzung verhindert wird.“



Zur Direktwahl der Ortsbeiräte

Direktwahl oder nicht?



Sollen die zehn Ortsbeiräte (lt. Gesetz Stadtbezirksbeiräte) künftig direkt gewählt werden oder sollen sie weiterhin von den Parteien entsprechend der Stadtratswahlergebnisse im jeweiligen Bereich benannt und vom Stadtrat bestätigt werden? Jens Matthis beschreibt die Hintergründe der Diskussion und das Für und Wider.

von Jens Matthis

Bisher gab es eine klare Arbeitsteilung. Räte (Stadtrat, Ortschaftsrat) werden direkt gewählt und haben etwas abschließend zu entscheiden, Beiräte (Ortsbeiräte, Seniorenbeirat, Kleingartenbeirat usw.) werden durch den Stadtrat berufen und haben eine beratende Funktion für den Stadtrat.

Mit der jüngsten Veränderung der sächsischen Kommunalverfassung gab es zwei gravierende Einschnitte: Zum einen wurde die von Rot-Grün-Rot bereits beschlossene Einführung der Ortschaftsverfassung im gesamten Dresdner Stadtgebiet nachträglich unmöglich gemacht, zum anderen wurde die eindeutige Funktionsteilung zwischen Räten und Beiräten durchbrochen.

Künftig kann man Stadtbezirksbeiräte direkt wählen lassen, man muss dies aber nicht. Der Stadtrat kann den Stadtbezirksbeiräten geringfügige Entscheidungskompetenzen übertragen, aber er muss dies auch nicht tun. Und absurderweise sind die beiden Möglichkeiten auch nicht aneinander gekoppelt.

Ich könnte hier viel über die innere Unlogik dieser Gesetzesänderung sagen, mir geht es jedoch an dieser Stelle um die praktischen Konsequenzen für Dresden.

Direktwahl oder nicht? Für beides gibt es Für und Wider. Direkt gewählt eBeiräte haben eine höhere politische Legitimation und allein schon durch den Wahlkampf werden sie auch für die Bevölkerung besser als Ansprechpartner bekannt. Möglicherweise wird die Direktwahl ihren Voten auch ein höheres politisches Gewicht geben.

Andererseits wird der damit verbundene Wegfall von stellvertretenden Mitgliedern und die Unmöglichkeit von Umbesetzungen während der Wahlperiode tendenziell dazu führen, dass Menschen mit ungünstigen Arbeitszeiten (z.B. Schichtarbeit), junge Leute (die öfter im Stadtgebiet umziehen) und wohl allen Erfahrungen nach auch Frauen noch weniger in diesen Gremien vertreten sein werden als bisher. Überdurchschnittlich vertreten sein werden bei einer Direktwahl voraussichtlich örtliche „Honoratioren“ (z.B. Geschäftsinhaber*innen).

Wie immer man sich also entscheidet, beide Entscheidungen haben zwangsläufig Vor- und Nachteile, jedenfalls dann, wenn man sich an der Programmatik der LINKEN orientiert.

Stadtvorstand und Stadtratsfraktion haben sich Rat geholt – bei den Ortsbeiräten, genauer gesagt bei den linken Mitgliedern diese Beiräte. Von den linken Ortsbeirat*innen und deren Stellvertreter*innen hat sich eine relativ knappe Mehrheit gegen die Direktwahl ausgesprochen. Die Ortsbeiräte von Altstadt, Neustadt und Plauen votierten fast einhellig für die Direktwahl. Die Stadtratsfraktionen von Grünen und SPD plädierten ebenfalls für die Direktwahl, was es für DIE LINKE nicht einfacher macht.

Letztlich darf sich eine Fraktion jedoch nicht von Stimmungen leiten lassen, sondern muss sich an der Sache orientieren.

Zur Sache muss gesagt werden, dass die formalen Entscheidungsrechte der Ortsbeiräte äusserst gering bleiben werden. Sie dürfen künftig über die Reihenfolge

(nur die Reihenfolge!) der Sanierung von Wohngebietsstraßen, über die Unterhaltung und Ausgestaltung von Parks und Grünanlagen und über die Ausrichtung von Stadtteilstellen entscheiden. Sie dürfen jedoch weder Anträge an den Stadtrat stellen, geschweige denn zusätzliche Entscheidungskompetenzen bekommen. Ein einziges kleines Schlupfloch gibt es jedoch, ihnen grösseres Gewicht zu verleihen. Die Beiräte sind künftig auch für die Förderung von Vereinen, Verbänden und sonstigen Vereinigungen im Stadtbezirk zuständig. Das ist relativ unbestimmt und inhaltlich offen. Was dadurch möglich wird oder auch nicht, hängt letztlich davon ab, ob man dem Beirat dafür tausend Euro zur Verfügung stellt oder aber eine Million.

Und genau an dieser Stelle setzt der Kompromissvorschlag der LINKEN an. DIE LINKE wird einer Direktwahl dann und AUCH NUR DANN zustimmen, wenn die Ortsbeiräte ein angemessenes Budget bekommen. Zum Vergleich: Die Ortschaftsräte am Stadtrand erhalten frei verfügbare Mittel im Umfang von jährlich 50 Euro pro Einwohner*in.

Die von uns geforderten 25 Euro pro Einwohner*in jährlich, insgesamt noch nicht einmal ein Prozent des städtischen Etats sind daher eher das Minimum dessen, was notwendig ist, damit die Ortsbeiräte in ihren Stadtteilen in einem Umfang gestaltend tätig werden können, dass dies den Aufwand und die beschriebenen Nachteile einer Direktwahl wenigstens ansatzweise rechtfertigt.

Selbsthilfegruppen in Dresden

Hilfe zur Selbsthilfe

von Uwe Schaarschmidt

Was Lupus Erythematoses ist, wissen wohl nur zwei Menschengruppen: Ärzte und diejenigen Menschen, die bei Ärzten wegen dieser seltenen Autoimmunerkrankung in Behandlung sind.

Was man aber unbedingt wissen sollte, ist, dass es in Dresden die Kontakt- und Informationsstelle Selbsthilfegruppen gibt. Deren Büro befindet sich auf der Ehrlichstraße 3, in einem Flügel des Elsa-Fenske-Pflegeheimes (jetzt Wohnpark Elsa Fenske) in Dresden. Über 100 Selbsthilfevereine gibt es in Dresden und die Koordinierungsstelle leistet von der Bereitstellung von Räumen über Beratung für Aktivisten bis hin zur Bearbeitung und Weiterleitung von Förderanträgen viel für die Betroffenen.

Seit Anfang des Jahres ist nun eine neu gestaltete Datenbank der in Dresden tätigen Selbsthilfegruppen verfügbar, in der man sich über verschiedene Suchroutinen Informationen über die Arbeit der Gruppen, Treffzeiten und Orte holen kann.

Für Menschen, die keinen Zugang zum Internet haben, aber dennoch Hilfe für sich oder auch Angehörige suchen, ist die Koordinationsstelle natürlich auch telefonisch und persönlich erreichbar:

Koordinations- und Informationsstelle Selbsthilfegruppen (KISS)

**Ehrlichstraße 3
01067 Dresden
Telefon: 0351-2061985
Fax: 0351-5007636**

**Öffnungszeiten
Montag und Freitag
9 bis 12 Uhr**

**Dienstag und Donnerstag
9 bis 18 Uhr
und nach Vereinbarung**

Die KISS vermittelt vorwiegend zu Dresdner Gruppen, verfügt aber auch über regionale und überregionale Kontaktadressen.

#sozialtour

Für eine soziale Stadt

von Thomas Feske

Für DIE LINKE im Dresdner Stadtrat gehört es nicht nur zum guten Ton, im Stadtbild präsent zu sein, sondern auch zur richtigen Ansprache. In Zeiten, in denen Tageszeitungen dramatisch an Auflage verlieren und die Gräben zwischen politischen Eliten und Bürgerschaft größer werden, wissen die Dresdnerinnen und Dresdner: DIE LINKE ist nicht nur mit Plakaten präsent, sondern regelmäßig auch vor Ort zum direkten Gespräch – ob freitags am Lingnermarkt oder in der Prager Straße oder aber am 10. April mit einer Sozialtour im ganzen Stadtgebiet. An fünf Orten waren die zwei Sozialstadträtinnen Pia Barkow und Kerstin Wagner gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden André Schollbach mit Infoständen vor Ort, um auf ihrer Tour „Für eine soziale Stadt. Für ein soziales Land.“ zu werben.

Wer, wie wir Kollegen und Kolleginnen von der Fraktionsgeschäftsstelle, regelmäßig damit betraut ist, Infostände und Infostandtourneen zu organisieren, weiß, wie wunderbar das plakatierte und organisierte Bürgergespräch als Seismograf gesellschaftlicher Stimmen funktioniert. Da war es diesmal die Seniorin, die schon beim Plakatieren fast dankbar die Losung „Für eine soziale Stadt“ aufgreift, da ist der Vater, dem die Fahrkostenerstattung für seine behinderten Kinder unter den Nägeln brennt und der ganz gezielt einen Infostand im Rahmen unserer Sozialtour auftaucht oder die blinde Frau, deren Wohnung seit Jahresbeginn nicht über warmes Wasser verfügt und die von der Vonovia auf dem Trockenen sitzen gelassen wird. Da sind an diesem 10. April überhaupt viel mehr Menschen mit konkreten Alltagssorgen als aufgebrauchte Wutbürger wie sie bei Infotouren Ende 2015 und 2016 zu den Infoständen strömten.

Schenkt man diesem völlig unrepräsentativen Eindruck Glauben, dann dreht sich was in der Landeshauptstadt, dann gibt es eine Rückkehr zu den zentralen und real zu lösenden sozialen Fragen in dieser Gesellschaft – weg von einem herbeigeredeteten Konflikt zwischen Einheimischen und Dazugekommenen. Das macht Mut.

Alleinerziehendenmesse im Dresdner Rathaus

Soziale Schieflage besteht weiterhin

von Pia Barkow

Am 12. April fand die dritte Messe für alleinerziehende Mütter und Väter statt. An über 40 Ständen konnten sich die BesucherInnen den ganzen Donnerstag über Angebote der Stadt und Freier Träger, Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten oder familienfreundliche Unternehmenskultur informieren und beraten lassen. Vertreten waren z. B. die Kulturloge Dresden, das Campusbüro „Uni mit Kind“ und verschiedene Alleinerziehenden Kontakt- oder Selbsthilfegruppen. Zu einigen Themen gab es Fachvorträge, auch Übersetzung in Gebärdensprache wurde angeboten.

Gerade Alleinerziehende haben oftmals einen taffen Alltag zu stemmen um Familie, Arbeit und Haushalt zu organisieren. Dabei bleibt meist wenig Zeit, sich Informationen zu beschaffen, wo man Unterstützung erhält, rechtliche Beratungen in Anspruch nehmen kann oder einfach nur Kontakt zu Familien in der gleichen Situation findet. Aus diesem Grund hat das Frauenförderwerk vor drei Jahren die Messe ins Leben gerufen, die Finanzierung erfolgte durch einen Beschluss der rotgrünroten Stadtratsmehrheit.

Leider zeigt die Realität, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende kaum machbar ist. So haben etwa 60% der Alleinerziehenden Anspruch auf (aufstockende) Hartz-IV-Leistungen. Einen Job zu finden, wenn man alleine für die Betreuung der Kinder zuständig ist, ist schwierig. Viele Unternehmen haben wenig Verständnis für Arbeitsausfälle aufgrund von kranken Kindern oder Kita-Streiks, Schulferien oder Schließtagen in der Kita. Flexibles Arbeiten kann gerade einmal von 11 % der Beschäftigten in Anspruch genommen werden und ist damit noch lange nicht so verbreitet, wie es sich viele Eltern wünschen. Eine Vollzeitstelle ist zudem mit Kita- und Grundschul-Zeiten kaum vereinbar, wenn man alleine für das Bringen und Abholen zuständig ist und das Einkommen bei Teilzeitstellen reicht selten aus, um eine ganze Familie zu versorgen.

Die Situation ist seit Jahren unverändert. Trotz vieler Studien, die genau das belegen und den immer wieder vorgebrachten Forderungen, gibt es kaum Bewegung auf bundespolitischer Ebene. Eine tatsächliche Entlastung und vor allem



finanzielle Verbesserung für Alleinerziehende ist nicht in Sicht. Es bleibt also noch viel zu tun, um diese soziale Schieflage grundsätzlich anzugehen. Gerade deshalb sind Angebote wie die Messe wichtig, um die Angebote die es gibt, kompakt zu präsentieren und den BesucherInnen schnell bei aktuellen Fragen oder Problemen weiterhelfen zu können.

#staddrat im april

Aufwachsen in sozialer Verantwortung

Der Stadtrat hat heute einem gemeinsamen Antrag von LINKEN, Grünen und SPD zugestimmt, das Handlungsprogramm "Aufwachsen in sozialer Verantwortung" auf ausgewählte Horte und Grundschulen zu erweitern, in denen die Zusammensetzung der Schülerschaft einen besonderen pädagogischen Bedarf mit sich bringt. Dies bedeutet für die entsprechenden Einrichtungen unter anderem eine stärkere personelle Unterstützung. **Anja Apel:** "Im Hort, wo Kinder zusammen lernen und spielen und bei ihren Hausaufgaben betreut werden, können wir die pädagogische Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher unterstützen und damit auch den individuellen Lernbedürfnissen von Schülerinnen und Schülern unter schwierigeren Lernbedingungen Rechnung tragen. Dafür wollen wir genügend Fachpersonal bereitstellen."

Förderung sozialer Projekte

Rot-Grün-Rot hat im Haushalt zwei Millionen Euro für soziale Projekte zur Verfügung gestellt. Auf Antrag von SPD und LINKEN entschied sich der Stadtrat heute für die Förderung von Familienhebammen mit 50.000 Euro, der Kinder- und Jugendzahnklinik mit 205.000 Euro sowie einer sozialtherapeutischen Wohnstätte mit 200.000 Euro. **Pia Barkow:** "Familienhebammen begleiten Familien vor allem in schwierigen sozialen Situationen. Sie werden dringend benötigt. Auch die Pflege der Zahngesundheit für alle Kinder ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit. In einer wachsenden Stadt braucht die Kinder- und Jugendzahnklinik eine angemessene personelle Ausstattung. Und: eine sozialtherapeutische Wohnstätte wird seit Jahren von vielen Fachleuten gefordert. Sozialtherapeutische Wohnstätten bilden eine wichtige Säule zur bestmöglichen Betreuung von Menschen mit psychischen Erkrankungen."

Eine Frage sozialer ^{Kita-}Beiträge Gerechtigkeit

Manche Dinge sind erst auf dem zweiten Blick verständlich - wie zum Beispiel die jährliche Erhöhung der Kita-Gebühren, die nicht zuletzt höhere Löhne und eine bessere Personalausstattung auffangen. Diesen zweiten Blick hat sich die AfD-Fraktion wieder einmal verkniffen, um mit einem populistischen Antrag um die Ecke zu kommen, die Gebühren nicht zu erhöhen. **Tilo Kießling:** "Der von der AfD vorgeschlagene Weg benachteiligt Bedürftige und bringt für Familien an kaum einer Stelle etwas. Die, die aus sozialen Gründen von den Kitabeiträgen befreit sind, spüren eine Reduktion der Kita-Beiträge nicht - Ihnen hilft der AfD-Antrag also auch nicht. Für alle anderen aber bedeutet er weniger Mittel für die Stadt insgesamt, die entweder für die Kita-Qualität fehlen oder für andere Leistungen der öffentlichen Hand."

#social media

Gut informiert sein mit einem Klick



www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat



www.youtube.com/channel/UC3vuHY1KgCCcsVwA8YUx6zw



twitter.com/LinkeStadDtrat



www.instagram.com/linkestadtrat

Neueste Infos unserer Fraktion können im Netz abonniert werden

Impressum
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Thomas Feske, Uwe Schaarschmidt, Jens Matthis, Pia Barkow, Anja Apel
Fotos: pixabay, Max Kretzschmar

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei